



18. Wahlperiode

Drucksache 18/3190

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend notwendiger Protest gegen Atompolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken unverantwortlich ist. Die Geldgier einiger weniger Unternehmen wird damit höher bewertet als das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung.

Der Landtag versteht, dass diese Entscheidung viele Menschen zur Teilnahme an Anti-Atom-Demonstrationen veranlasst. Die massenhaften Proteste gegen die Castor-Transporte sind Ausdruck des Widerstandes der Bevölkerung gegen die verfehlte Atompolitik von Bundes- und Landesregierung.

Der Landtag bekräftigt, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Demonstrationsfreiheit „als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit und als eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt, welches für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung konstituierend ist“ gilt und das Gericht weiter festhält: „Demonstrativer Protest kann insbesondere notwendig werden, wenn die Repräsentativorgane mögliche Missstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen“. In diesem Sinne waren und sind Demonstrationen gegen die Atompolitik der Bundes- und Landesregierung notwendig.

Der Landtag begrüßt, dass die absolut überwiegende Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten ihren Protest friedlich zum Ausdruck bringt. Der Landtag bekräftigt, dass die Demonstrationsfreiheit keinen Rechtsbruch, keine Gewalt und keine Eingriffe in den Schienenverkehr erlaubt. Nicht zuletzt durch die Besonnenheit und Umsicht der überwiegenden Mehrheit von Demonstrierenden und eingesetzten Polizeibeamten konnte ein geordneter Ablauf der Anti-Atom-Proteste gewährleistet werden.

Der Landtag kritisiert, dass einmal mehr die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Opfer politischer Fehlentscheidungen in der Atompolitik geworden sind. Die Polizeibeamten finden sich „in einer unfreiwilligen wie undankbaren Puffer-Position“ wieder, wie es der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei zu Recht formuliert hat.

Wiesbaden, den 17. November 2011

Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am